

Wolf-Dieter Narr

Wahlen, BRD 2005 – mehr als bewegte Sklerose?

Wie eine Lawine pervers. Sie hebt riesig an. Sie überrollt alles, was sich ihr in rasendem Abwärts entgegenstellt. Und sie endet damit, dass von irgendeinem kleinen Ereignis, einem Gemsenritt, einem Luffhauch, einem gelockerten Steinchen, geballte Schneeflocken steilgebreitet sich wieder entballen. Unsäglich weiß, wie ewig und erhaben über allem Schmutz mildert der Schnee die schroff geahnten Kanten des Bergs. Ruhe herrscht. Kalter Wind. Im tausendfältigen Glitzern spiegelt sich Sonne rundum.

Wahlen! Seitdem am frühen Abend der erwartbar rotgrün verlorenen nordrheinischen Westfalenwahl vom sozialdemokratisch gestellten Kanzler und dem Parteivorsitzenden der Partei, die diesen Namen trägt, die fast alle überraschende Lösung von Neuwahlen als wie immer geartete Lösung nicht genauer benannter Probleme ausgegeben worden ist, ›lawint‹ es. Riesengroß von Anfang an donnert sie bis zum mitseptemberlichen Wahltag in die Medien, in die politischen Wahrnehmungs- und Handlungstäler. Dann wird sie sich rasch entballen. Und das freilich nicht weiße Leinentuch bundesdeutscher politischer Wonnen der Gewöhnlichkeit wird sich, lang und zäh und schwer anzuheben, über den parteilich anders gesprengelten Regierungs- und Oppositionsalltag breiten. War's diese Lawine wert? Mussten, sollten, durften wir uns ihr alle, vom ›Wahlcoup‹ des amtierenden Kanzler Schröder überrascht, wahlpolitiksachzwangsartig unterwerfen? Damit wir Politik mitgestalten? Wird Walter Benjamins Feststellung nicht ein weiteres Mal zutreffen? Das ist die Katastrophe, dass alles so weitergeht.

Seit den Abendstunden des 22. Mai ist hektische Betriebsamkeit ausgebrochen. War es kanzlerklug, kanzlerpanisch oder – dumm, die Sommerpause zu sparen und den Wahl-, sprich populistischen Zähltag anzusetzen, wenn die Blätter noch nicht fallen? Wie ist das Problemchen zu umschiffen, dass die Verfassung, Weimar-gebrannt, einen solchen okkasionellen Dezisionismus des koalitions gewissen Kanzlers nicht vorsieht? Wahlzeiten sind vor allem Spekulationszeiten. Sie belegen, wie sehr es bundesdeutsch gelungen ist, den symbolischen Mechanismus repräsentativ verfasster Demokratie, periodische Wahlen als politisch zentralen Bezug zu verinnerlichen. Als sei eine verändernd nutzbare politische tabula rasa gegeben. Der sonst in die Ecke gestellte »Volkssouverän« tritt berechenbar, unberechenbar auf die umworbene Bühne. Nicht nur die große Oppositionspartei mit ihrem liberalen Wurmfortsatz, die CDU/CSU rechnet sich – im Oxymoron gesprochen – sichere Chancen aus. Vielmehr artikuliert (fast) alles, was sich selbst als links bezeichnet und angesichts der allgemeinen Lust zur wohlfeilen Reduktion der Komplexität so qualifiziert bzw. disqualifiziert wird, neue Hoffnungen politischen Machtgewinns. Und politischer Machtgewinn heißt nun einmal in den Grenzen liberal demokratischer Verfassung Wahlgewinn bzw. Gewinn eines kräftigen Happens von Prozenten der summierten Wählenden – des »Volks« (!) wohlgermerkt –, der ›die Welt‹ bedeuten mag, will sagen Geld, Positionen und vielleicht

sogar Regierungsbeteiligung (und diese heißt vor allem: Positionen und Medien-, zuweilen auch Geldzugang). Wie Herr Müntefering jüngst trefflich wusste: Opposition ist »doof«. Da solcher Gewinn in etablierten Parteiformen nur noch den »Linken« in der SPD möglich ist – hier zeigt sich besonders, wie wässrig das Etikett »links« gedünnt werden kann –, köcheln nun die Gebräue neuer oder veränderter Parteien. Als da vor allem sind; die WASG und die PDS. Die WASG = Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit hat, gerade gegründet in der NRW-Wahl, die Zwei-Prozent-Zahl sacht überschritten. Sie ist also, ein ambivalentes Lob dem bundesdeutschen Parteiengesetz und der in ihm vorgesehenen staatlichen Parteienfinanzierung, geld- und ausgebautes-Büro-fähig geworden. Die PDS, vereinigungsalt, hat ihren »cordon sanitaire«, die fünf kaum noch neu zu nennenden Bundesländer fast nicht zu überschreiten vermocht. Nur zwei direkt gewählte – und vom Bundestagspräsidium hanebüchchen schlecht behandelte – Abgeordnete zählt der aktuelle Bundestag. Also werden »Runderneuerungen« aller Art bis zu freilich nur begrenzt möglichen Listenverbindungen aus PDS und WASG gehandelt, vom narzisstisch einander korrespondierenden möglichen Führungsduo, Gysi und Lafontaine, »verletzend« nur im Vorübergehen zu reden.

Hinter all diesen sterilen Aufgeregtheiten drohen jedoch, ausnahmsweise mit Bismarck zu reden, die »großen Fragen der Zeit« zu verschwinden. Diese sind freilich, ihm radikal entgegen, nicht mit »Blut und Eisen« zu lösen. Jedenfalls verlieren diese drängend zwängenden Probleme ihr erhaben drohendes Profil. Einige wenige derselben will ich ungemäß knapp apostrophieren, bevor ich in Sachen anstehende Wahlen offen und bestimmt in einem schließe. Wahlen werden über kürzer oder ein wenig länger anstehen, selbst wenn sich der Bundespräsident der Kanzlerentscheidung verweigerte und den etwas irregulären regelmäßigen plebiszitären Ausnahmezustand »parlamentarischer Demokratie« missbilligte.

Von dem neuen Ruf gelinden Schreckens, Hannibal, nein, Schwarzgelb im Tigersprung ante portas, sollten sich im brechtschen Sinne lesende Bürgerinnen und Bürger, zuerst und eher noch vordergründig, nicht davon abhalten lassen zu fragen, in welchen Erfahrungen, also reflektiertem Urteilswissen, die Ereignisse von 7 Jahren des von allzu vielen hochgeschriebenen »rotgrünen Projekts« gekeltert werden könnten und müssten. Von wenigen umwelt- und verbraucherpolitischen Sonnenflecken abgesehen, muss, so scheint mir, wenn »links« einem radikaldemokratisch sozialistischen Wert korrespondiert, von einem freilich erwartbaren Desaster gesprochen werden. Die verblendenden Farben »rotgrün« und ihre Brillenträger hätten geradezu erfunden werden müssen, um freilich lang angebahnte fundamentale Veränderungen im 1990 schlecht und verspätet »souverän« gewordenen, also auch nachnationalsozialistisch und nachkriegierisch emanzipierten Bundesdeutschland fast oppositionslos durchzusetzen. An erster Stelle ist die Kriegsentscheidung 1998/1999 zu nennen. Sie wird fortgesetzt von einer rotgrün mitgarnierten und legitimierten, aktuell freilich glücklicherweise doppelt plebiszitär gebremsten Verfassung der EU. Diese Verfassung besteht aus einem Kerngehäuse mit zwei Kernen: dem neoliberal, die EU-Länder globalisierend trimmenden; dem sicherheitspolitischen Doppel aus weltweit einsetzbarem Militär und verpolizeilichem Binneneuropa. Dieses wird zu

seinem Schutz mit Lager-Türmen vorweg umgeben, da schon die innere Verlagerung und Abwehr aller ökonomisch nicht zweckmäßigen Migranten und Flüchtlinge nicht auszureichen scheint. Dass die Schröder/Fischer-Regierung 2002/03 dem bush'schen Terrorismus nicht lauthals gefolgt ist, sich eher sanft verweigert hat, spricht allein für ihr wahlpolitisches Kalkül, wenngleich staatsnahe »patriotische« Philosophen à la das seltsame Duo Habermas/Derrida daraus ein europäisches Zivilisationsgegengewicht ergründen wollten. Die angestrebte Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UN, die den Außenminister zum Welthausierer werden ließ, deutet in veränderten Zeiten nur an, wie sehr sich die BRD wieder als Weltmacht brüsten will. An zweiter Stelle folgt auf dem Fuß die Art, wie »Rotgrün« den globalisierten und weiter kapitallogisch globalisierenden *profit-rush and run* in der Tat nachhaltig unterstützt und bundesdeutsch umgesetzt haben. Hierbei war ihnen unter den gegebenen Bedingungen keine Politik abzuverlangen, die dem weltweiten, die bundesdeutsche Politik in jeder ihrer Fasern erheblich mitbestimmenden und einengenden Druck kapitalistischer Akkumulation widerstanden hätte: um »alternativer« Politik willen. Dass jedoch die gegebenen politischen Spielräume nicht ausgenützt und vermehrt worden sind, dass vielmehr globalisierte und globalisierende »Induktionseiselei« (Friedrich Engels) betrieben worden ist, das ist politisch selbst im gegebenen Rahmen schuldhaft. Hinzu kommt die im Hinblick auf die betroffene Bevölkerung betriebene kommunikationslose Chuzpe, mit der die Hartzereien konturiert, konstruiert und praktiziert worden sind. Dass hierbei selbst unter einer technokratischen Perspektive schon vor der Regierungserklärung im März 2003 so viele Fehler angehäuft worden sind, dass die Wahlen in NRW ohne Wunderglaube verloren gehen mussten, obgleich die CDU/CSU nichts, aber auch gar nichts zu bieten hat, zeigt nur den schier radikalen Mangel eines Politikverständnisses, das über Show-Management zugunsten herrschender Interessen hinausgeht. Darum war unter »Rotgrün« noch mehr als zuvor Ungleichheit und die Verschlechterung der Chancen für die im Schatten des Herrschens und Habens lebende Bevölkerung Trumpf.

Will man aus diesen sieben arbeitslos fett und fetter werdenden Jahren mit sich schon zuvor überpurzelnden und konterkarierenden Programmpraxisfetzen lernen, muss man freilich weniger die Frage nach den politischen Inhalten und ihrem »Geschmack« stellen als vielmehr die, warum »Rotgrün« und seine illustren Repräsentantinnen und Repräsentanten nahezu rundum gescheitert sind. Die Antwort darauf muss personelle Züge missachten. Angesichts der ökonomischen Dominanz der Interessen und der Sklerose politischer Institutionen, die weder quantitativ noch qualitativ den Veränderungen im Zuge von Durchkapitalisierung, Durchstaatung, »Massengesellschaft« und kapitalistisch technologischer Globalisierung irgend gewachsen sind – pardon für die unausgepackten Schlagworte! –, spielen personelle Differenzen eine vernachlässigbare Rolle. Auch Parteien, neu gegründet, deren Prätendenten das Beste »glaubwürdig« (ein politisches Unwort) vorhaben, können den »Marsch durch die Institutionen« nur antreten, indem sie politisch substanzielles Gepäck abwerfen und noch einmal abwerfen. Bis sie die Unerträglichkeit des Seins als regierende Leichtgewichte erreicht haben. Darum hecken Wahlerfolge nicht

eine Zu-, sondern eine Abnahme politischer Macht, solange Macht im Sinne von (Anders-)Machen und Gestaltenkönnen verstanden wird. Wer also mit guten, mit überdeterminierten Gründen endlich eine andere, eine gestaltende Politik will, der wird nicht primär auf den Weg der schon vor ihrer Gründung etablierten Parteien setzen, so sich diese im bestehenden Gefüge tummeln wollen. Das gehört unter anderem zu den Phänomenen, die jedenfalls mir am meisten Angst bereiten: nicht das, was die herrschenden Repräsentanten der Politik tun, sondern vor allem das, was sie tun zu können bestenfalls vorgeben. Dass »Rotgrün« an seiner leeren Hybris, seine Regierung könne Arbeitsplätze schaffen, gescheitert ist, vom gänzlich falschen, nämlich Bürokratie fördernden Instrument nicht zu reden, stimmt nicht nur um des täglichen Jammers der Arbeitslosen zorntraurig. Dieses Scheitern ist auch ein Indiz dafür, dass eine Reform der realen – und dann auch der geschriebenen – Verfassung bundesdeutscher und vergleichbarer Gesellschaften überfällig wäre. Diese ist allerdings nur von außen und von unten her motivier- und inszenierbar.

Tiefer steckende Gefahren und Probleme vermag ich kaum noch anzudeuten. Sie wurden von der »rotgrünen« Koalition ausgespart oder in den ihr möglichen Umfängen verschlimmbösert. Was, wenn der Druck der Arbeitslosigkeit und der Mangel angemessener Antworten auf Hannah Arendts schon vor Jahrzehnten gestellte Frage zunehmen: was passiert mit den Arbeitsgesellschaften i.S. kapitalistisch dirigierter und funktionalisierter Arbeit, wenn ihnen die Arbeit ausgeht und die bestehende Ungleichheit radikalisiert wird? Die NRW-Wahlen und ihr Wählerruck erscheinen harmlos angesichts der Gefahren, die sich dahinter verbergen. Mit diesem Fragenkomplex hängen Gefahren eng zusammen, deren Eintreffen sich heute schon nicht nur im Kontext des »outsourcing« oder vermehrter Migrationen abzeichnet: der wachsende weltweite Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen nämlich. Er ist notwendige Folge einer Kapitalisierung der Welt als Dynamisierung von Ungleichheit zugleich.

Wahlen, BRD 2005. Schon den bundesdeutschen Vordergrund kann man nur mühearm durchdringen, wenn man die Farbmataphern bzw. die Parteikürzel verdinglicht, sprich wie die damit behauptete Sache selbst nimmt. Sieht man diesen Vordergrund im Kontext politisch-staatlicher Möglichkeiten heute, wird jedes eindeutige Votum falsch. Diejenigen, die simplen Antworten folgen, haben die nötigen, potenziell furchtbaren, jeden Tag heute schon kostenschweren Nachrichten noch nicht empfangen. Gewiss: jede und jeder mag sich am 18. September in die vorgezeichnete Ecke eines zur Wahl ausgewählten Raums begeben und dort mit spitzem Bleistift die Partei seiner (Vor-)Wahl ankreuzen. Wenn's denn der Findung der »richtigen« Partei und ihrer unvermeidlich mageren Wahrheit dient. Das ist der emphatische Rest, dessen, was an Demokratie individuell isoliert und erst in der statistischen Summe politisch uns gegeben ist. Niemand aber, der den nur mit schwarzem Humor erträglichen Ernst der Lage auch im Staate Bundesrepublik mit seinen vielen faulen Stellen, wenn nicht faulen Struktur wahrnimmt, sollte es damit politisch im Sinne eines nicht staatlich begrenzten Politikbegriffs sein Bewenden haben lassen.